

Aufgaben der Aufklärung:

„Die Richtigstellung der Begriffe“

***Kaufen, was einem die Kartelle vorwerfen; lesen, was einem die Zensoren erlauben;
glauben, was einem die Kirche und Partei gebieten.
Beinkleider werden zur Zeit mittelweit getragen.
Freiheit gar nicht.
Kurt Tucholsky***

***Die große Lüge der Medien ist, diese Welt kann nicht verändert werden.
Peter Hacks***

Der Deutsche Freidenker-Verband sieht das Ziel der historischen Aufklärungsbewegung, die Durchsetzung der Vernunft im geistigen und wissenschaftlichen Leben, für nicht erreicht an, und daher in der Fortsetzung der Aufklärung eine zentrale Aufgabe.

In unserer programmatischen „Berliner Erklärung“ charakterisieren wir Freies Denken u.a. als ein Denken, „dem die Überzeugung zugrunde liegt, dass der Mensch die Fähigkeit besitzt, sich ein Bild von der Welt, wie sie wirklich ist, und seinem Platz in ihr zu machen, seinen Selbstwert aus diesem Zusammenhang zu begreifen und seinem Leben so begründet einen Sinn zu geben“.

Dieser Erkenntnisoptimismus wird oft auf eine harte Probe gestellt. In Gesellschaft, Staat und Politik sind auch heute ‚moderne‘ Dunkelmänner am Werk, ihr interessengeleiteter Dogmatismus wird nicht mehr nur von Kirchenkanzeln gepredigt, sondern mithilfe einer milliardenschweren Bewusstseinsindustrie in die Köpfe gehämmert. Die herrschende imperialistische Ordnung soll als gottgewollt und alternativlos erscheinen und geduldet werden.

Um die Akzeptanz irrationaler Verhältnisse zu erreichen, setzt die herrschende Ideologieproduktion mit ihren Leitmedien neben „Zerstreuung“ auf die massenhafte Verbreitung von Irrationalismus. Ungläubige werden zwar nicht mehr als Ketzer verbrannt, aber als ‚Unbelehrbare‘ oder ‚Verschwörungstheoretiker‘ gebrandmarkt.

Die Kritik an Medien und Medienlügen, an besonders drastischen Beispielen von Meinungsmanipulation und Gehirnwäsche, gilt nicht durchweg als Teufelszeug, sondern hat im Kulturbetrieb einen eigenständigen, teils geachteten Platz. Erkenntnisse wie jene des Publizisten Paul Sethe „Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten“, sind nicht verboten. Der im letzten Irakkrieg geprägte Begriff des „eingebetteten Journalismus“ wird sogar belächelt und vielfach als Synonym für Selbstzensur und – mehr oder weniger freiwillige – Gleichschaltung verstanden.

Trotzdem haben punktuelle Proteste gegen besonders hohlen Flachsinn oder dreiste Lügen sowie partielle Einsichten in die Funktionsweise der Bewusstseinsindustrie leider selten eine nachhaltig befreiende Wirkung, die auch beim nächsten Manipulationsversuch noch standhielte und immunisierte. Paradoxerweise scheinen sie (fast) systemstabilisierend zu wirken, denn die „große Lüge“ bleibt verborgen und unangetastet.

So unverzichtbar die Aufdeckung von Desinformationskampagnen, der Unwahrheiten, Fälschungen und Verdrehungen bleibt – sie entspricht der „Entlarvung des Priesterbetrugs, einer frühen Stufe der Aufklärung also“ (Arnold Schölzel). Eine höhere und nachhaltige Stufe der Aufklärung erfordert, den Voraussetzungen und Mechanismen der „großen Lüge“ auf die Spur kommen. Gegen den verlockenden Reiz, zum ideologischen „Mainstream“ zu gehören“, muss durch widerständische Bildung die Lust zu Widerspruch und Ungehorsam geweckt werden.

Kampf um Kultur

Begriffe wie Internationalismus, Menschenrechte, Völkerrecht, Demokratie, Zivilgesellschaft und sozialistisches Erbe beinhalten hohe zivilisatorische Standards. Sie reflektieren kulturelle Errungenschaften und Ziele der Menschheitsentwicklung.

Aber was bedeuten sie noch für Gesellschaften, die den Interessen der internationalen Unternehmen unterworfen sind? Wie verändert sich die Bedeutung der Begriffe unter dem Einfluss des Strebens der herrschenden Mächte nach maximaler Absenkung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen, nach privater Aneignung großer Teile der Mehrwertschöpfung ganzer Volkswirtschaften, nach unbegrenzter länderübergreifender Expansion und Kriegen zur Neuaufteilung der Welt? Unterminiert nicht die Diktatur des Monopolkapitals das Programm der demokratischen Aufklärung, das auf Selbstorganisation der Gesellschaft und auf freie Entscheidungen der Bürger zielt?

Die herrschenden Ideen sind zu allen Zeiten die Ideen der Herrschenden. Aber wie gelingt es den Machthabern heute noch, ihre ideologische Vorherrschaft zu behaupten? Wie lange sind sie noch in der Lage, die Menschen dazu zu bringen, ihrer eigenen Disziplinierung, Ausbeutung und Unterdrückung freiwillig zuzustimmen? Wie lange können die Mächtigen noch den Schein aufrecht erhalten, dass es zu den gegenwärtigen Verhältnissen keine Alternative gibt, was laut Umfragen heute noch von den meisten Menschen geglaubt wird?

Die Bedeutungsfelder der politischen Grundbegriffe sind das Terrain, auf dem der Kampf um die geistige Vorherrschaft in der Gesellschaft ausgetragen wird. Hier findet der eigentliche Kampf der Kulturen statt, der Kampf zwischen der Kultur der Herrschenden und der Kultur der Beherrschten.

Eine wenig beachtete, aber besonders wirksame Methode ist es, Ideen, die aus der Aufklärung und der revolutionären Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, zu vereinnahmen, umzudeuten und mit verzerrtem Inhalt als Waffen einzusetzen. Gemäß Heiner Geißlers Erkenntnis "Wer die Begriffe besetzt, besetzt die Köpfe", sind heute Politiker, Medien und Denkfabriken damit beschäftigt, Begriffe zu entwenden und mit gegenteiligen Inhalten zu füllen, um sie für den Zweck eines jeden Begriffes – das Begreifen – unbrauchbar zu machen. Zum Zwecke der Gehirnwäsche kommt ein Orwell'scher Neusprech nach dem Motto „Krieg ist Frieden, Sklaverei ist Freiheit und Unwissenheit ist Stärke“ zum Einsatz.

Im Kampf für Aufklärung und Freiheit des Denkens stellt sich heute die Aufgabe, das geistige Erbe der bürgerlichen und sozialistischen Revolutionen dem spätbürgerlichen Verfallsprozess zu entreißen, zurückzuerobern und zur weltanschaulichen Orientierung in den aktuellen Auseinandersetzungen der Kulturen wieder ins Bewusstsein zu heben.

Deshalb bedeutet Aufklärung für Freidenkerinnen und Freidenker auch, gemäß der berühmte Lehre des chinesische Weisheitslehrers Konfuzius zu verfahren: „Dsī Lu sprach: ‚Der Fürst von We wartet auf den Meister, um die Regierung auszuüben. Was würde der Meister zuerst in Angriff nehmen?‘ Der Meister sprach: ‚Sicherlich die Richtigstellung der Begriffe.“ (Lun-yü XIII-3).

Internationalismus

Internationalismus in seiner ursprünglichen Bedeutung erstrebt wahre Völkerfreundschaft. Die Werktätigen aller Länder verstehen Internationalismus als Verbundenheit mit den Freiheits- und Fortschrittsbewegungen und praktizierte internationale Solidarität. Die herrschenden Klassen deuten den Begriff des Internationalen um in das illusionäre Ziel der Schaffung eines supranationalen globalen Herrschaftssystems. Ihre neokolonialen Raubkriege geben sie als „Internationalismus“ aus. Dieser imperialistisch pervertierte „Internationalismus“ beschwört die Gefahr eines 3. Weltkrieges herauf.

Das Ringen um die Neuaufteilung der Welt hat seine Ursache in der Expansion und Aggressivität der Monopole, der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Hauptländer, die ständiges Kräftemessen und die Labilität des Friedens bewirkt. Imperialismus geht mit Krieg schwanger, Krieg ist „seine Methode“ (Rosa Luxemburg), Imperialismus bedeutet Weltkriegszustand in Permanenz, die Epoche der Weltkriege. Der permanente Kampf der

imperialistischen Hauptmächte um die Aufteilung von Interessen- und Einflussphären findet gleichzeitig in Form von Kollaboration als auch von Kampf statt.

Die Protagonisten der „Neue Weltordnung“, der globalen Herrschaft des internationalen Monopolkapitals, firmieren unter der irreführenden Bezeichnung „internationale Gemeinschaft“. Sie besteht faktisch als globales imperialistisches Bündnissystem unter der Führung der USA und des Atlantikblocks.

Dieses hegemoniale Regime bildet auch den Rahmen, in welchem die imperialistischen Kräfte Deutschlands heute ihre schon seit dem ersten Weltkrieg verfolgte Strategie der Vorherrschaft in Europa durchzusetzen versuchen. Als „Mitteleuropa“- Konzeption des Kaiserreichs im ersten Weltkrieg gescheitert, als „Neuordnung Europas“ der europäischen Herrenvölker unter deutsch-germanischer Führung im zweiten Weltkrieg untergegangen, wird im dritten Anlauf die Europäische Integration als supranationales Projekt konzipiert.

Ein Europa-Mythos wird geschaffen, der dazu dienen soll, die Völker, die den mörderischen Nationalismus der herrschenden Klassen überwinden wollen, vom internationalistischen Kampf abzulenken und die Sehnsucht nach friedlichem Zusammenleben der Völker Europas in den Dienst einer Konstruktion zur Durchsetzung imperialistischer Interessen zu stellen.

Eine Doktrin des Europa-Mythos, die europäische Einigung sei eine Frage von Krieg und Frieden, wirkt bis in demokratische und linke Kreise, und selbst die Mär, vom Zweiten Weltkrieg bis heute datiere die längste Friedenszeit in Europa, wird von jenen widerspruchslos akzeptiert, die die Schande der Aggression gegen Jugoslawien 1999 erfolgreich verdrängt haben.

Die Europäische Union ist eine supranationale Struktur der Finanzoligarchie. Sie beraubt die bürgerlich demokratischen Staaten Europas zunehmend ihrer nationalen Souveränität. Statt die Völker Europas zu einigen, spaltet sie den Kontinent und verstärkt die Tendenz der ungleichen kapitalistischen Entwicklung. Die Vorherrschaft über andere Nationen soll durch supranationale Entscheidungsstrukturen legitimiert werden.

Die Verteidigung der nationalen Selbstbestimmung wurde angesichts der faschistischen imperialistischen Aggression Deutschlands zur Überlebensfrage in den betroffenen Ländern. Heute haben die Bourgeoisien der an die Peripherie gedrängten europäischen Länder ihre Nationen durch die Auslieferung an die EU in eine unhaltbare Lage gebracht. Als Perspektive bieten sie nur noch die Unterordnung ihrer Länder unter die Macht Kerneuropas an. Die klassenbewussten Kräfte haben sich der Verteidigung der Souveränität ihrer Länder gegen diese Vormundschaft angenommen.

Bei genauer Betrachtung wird dabei deutlich, dass sich alle kapitalistisch entwickelten Nationen maßgeblich aus zwei Klassen zusammensetzen, der Klasse der Herrschenden und der Klasse der Unterworfenen. Diese zwei Klassen bilden zwei Nationen in einer Gesamtnation, als eine dialektische widersprüchliche Einheit. Die Auseinandersetzungen der beiden antagonistischen ‚inneren Nationen‘ bestimmen das Wesen und die Erscheinungsform der Gesamtnation.

Wer den politischen Begriff des Internationalismus darauf beschränkt, einen Gegensatz zum Nationalismus zu bezeichnen, dem muss ein Rätsel bleiben, wie es die Kultur der Herrschenden vermag, auf der Grundlage ihres Klassennationalismus eine eigene imperialistische Abart, eine pervertierte Form von „Internationalismus“ zu entwickeln und dieser bei einem großen Teil der Bevölkerung Akzeptanz zu verschaffen.

Ein noch größeres Rätsel muss ihm die Dialektik von nationaler Ausgangsposition und internationalem Ziel des Sozialismus bleiben. Denn die Werktätigen müssen, wie Marx und Engels im Kommunistischen Manifest erklären, nicht nur zuerst mit der „eigenen Bourgeoisie fertig werden“ und „die politische Herrschaft erobern“. Sie müssen sich auch „zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren.“ Damit ist die Klasse der Werktätigen, so das Manifest, „selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie“, während sie unter der Losung „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ kämpft.

Menschenrechte

Das Menschenrecht, programmatischer Leitbegriff bürgerlicher Revolutionen, ist zum wohlfeilen Propagandaslogan heruntergekommen. Während die Menschenrechte in Deutschland und

anderen westlichen Ländern unhinterfragbar als verwirklicht gelten sollen, werden sie von den Herrschenden zu Kampagnen gegen andere Länder instrumentalisiert.

Der Begriff des Menschenrechts darf nicht als ein abstraktes Recht missverstanden werden, unbehelligt von staatlicher Gewalt tun und lassen zu können, was man will – ein solches Recht gibt es in keinem Staat. Der von der herrschenden Kultur gepredigte Individualismus zielt auf die Zersetzung des sozialen Organismus, und soll die Individuen der Möglichkeit berauben, ihre Interessen kollektiv durchzusetzen. Der Staat erfüllt trotz seines Klassencharakters essentielle Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit, und die Funktionalität des sozialen Organismus ist Voraussetzung für die betreffende Bevölkerung, ihr fundamentales Menschenrecht auf soziale und politische Selbstbestimmung wahrzunehmen. Ein Angriff auf das Staatswesen im Namen individualistischer Freiheit ist deshalb selbst ein Angriff auf das Menschenrecht.

Wenn seitens der Herrschenden von Menschenrechten die Rede ist, geht es vor allem darum, die Gesetze der kapitalistischen Marktwirtschaft als einen Himmel ewiger Werte in den Köpfen der Menschen zu verankern. Aus dem idealen Jenseits bürgerlicher Klasseninteressen kommt wie auf Geheiß eines zürnenden Gottes ein Strafgericht über jene herab, die dem Wunderglauben an den Wohlfahrt stiftenden Bourgeois-Individualismus nicht huldigen wollen.

In Namen verhimmelter Menschenrechte, die in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der herrschenden Kultur irdische Gestalt angenommen haben, werden Feinderklärungen verkündet, politische Gegner verunglimpft und verfolgt sowie fremde Länder überfallen und unterworfen. Alle Versuche sind entschieden zurückzuweisen, eine westlich geprägte Menschenrechtsideologie begleitend zur nekolonialen Unterdrückung den unterentwickelt gehaltenen Ländern oktroyieren zu wollen. Alle Menschenrechte für alle Menschen durchzusetzen, diese Aufgabe stellt sich zunächst und insbesondere im eigenen Land.

Dem herrschaftlichen Konzept der Menschenrechte als Legitimierungsmittel für Zwang steht in der Kultur der Werktätigen das Bewusstsein gegenüber, dass Menschenrechte in Wahrheit konkrete Freiheitsrechte sind, die nur entsprechend dem Entwicklungsstand der jeweiligen Sozialordnung und aufgrund des jeweiligen Kräfteverhältnisses im nationalen und internationalen Klassenkampf errungen werden konnten.

Im Bewusstsein der Kultur der Beherrschten wiegt die Erfahrung schwer, dass in der Verteidigung der Menschenrechte keinen Augenblick nachgelassen werden darf, wenn sie nicht wieder verloren gehen sollen. Hier gilt auch die Einsicht, dass viele politische und soziale Grundrechte noch erkämpft werden müssen.

Dazu gehören die sozialen Menschenrechte, zu denen sich in den 1966 geschlossenen Internationalen Menschenrechtsübereinkommen auch die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat: "Das Recht auf Arbeit, welches das Recht jedes einzelnen auf die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte und angenommene Arbeit zu verdienen, umfasst", "Das Recht eines jeden auf soziale Sicherheit", "Das Recht eines jeden auf angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen", "Das Recht eines jeden auf das ihm erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit", nicht zuletzt das Recht eines jeden auf eine Bildung, die "auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und das Bewusstsein ihrer Würde gerichtet sein und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten stärken muss".

Dazu gehört auch die Durchsetzung des vollen Arbeits- und Tarifrechts für kirchliche Beschäftigte ebenso wie die Verteidigung des uneingeschränkten Streikrechts auch für Beamte sowie des politischen Streiks. Ihre Verweigerung stellt einen eklatanten Verstoß gegen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie die Europäischen Menschenrechts- und Sozialcharta dar.

Im Kampf um die Durchsetzung der Menschenrechte gilt es, stets die Perspektive, bewusst zu machen: dass die Menschenrechte erst dann vollkommen verwirklicht sein werden, wenn die arbeitenden Menschen über die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit und die Verwertung ihrer Ergebnisse in freier Assoziation selbst entscheiden können.

Völkerrecht und Frieden

In der Charta der Vereinten Nationen ist in Artikel 2 Ziffer 4 als Selbstverpflichtung der Mitgliedsstaaten das Gewaltverbot formuliert: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Dieses strikte und umfassende Gewaltverbot in der UN-Charta war der völkerrechtliche Ausdruck der Lehren und Schlussfolgerungen, welche die Völker 1945 aus ihrem Kampf gegen den Faschismus gezogen hatten. Insbesondere der Umstand, dass die Sowjetunion, welche die Hauptlast dieses Kampfes getragen hatte, ein Staat war, in dem nicht Waffenhändler und Kriegsgewinnler, sondern die Partei der Arbeiterklasse das Sagen hatte, begünstigte die Schaffung des modernen Völkerrechts.

Die Untergrabung der internationalen Rechtsordnung wird zum Programm, wenn sich Deutschland und andere imperialistische Großmächte systematisch und massiv in schwächeren Staaten einmischen. Wenn sie, nicht davor zurückschrecken, sich direkt oder indirekt an völkermörderischen Wirtschaftssanktionen, an der Unterstützung und Fernsteuerung von Oppositionsgruppen, „bunten Revolutionen“ und terroristischen Bandenkriegen sowie an Angriffskriegen und Besatzungsregimes zu beteiligen.

Nach dem Ende der Sowjetunion erleben wir seit den 1990er Jahren einen zunehmenden Rechtsnihilismus auf dem Gebiet des Völkerrechts. Kriege werden nicht mehr erklärt und nicht bei ihrem Namen genannt, sie heißen „robuste“ oder „Auslandseinsätze“, sie dienen angeblich nicht wirtschaftlichen und nicht geostrategischen Interessen, sondern den „Menschenrechten“, dem „Kampf gegen den Terror“, der „Friedens erzwingung“ oder erfüllen eine angemessene „Schutzverantwortung“. Die jüngsten Kriege und Sanktionsmaßnahmen haben ein neues Faustrecht an die Stelle von Völkerrecht treten lassen.

Der lynchmobartige Schrei nach Eingreifen in anderen Ländern, der jeweils öffentlich inszeniert wird, beeinflusst das Massenbewusstsein. Die flankierende Gehirnwäsche beschränkt sich nicht nur auf Begriffsverdrehung, Kriegszwecklügen und die Dämonisierung unbotmäßiger Regierungen. Die NATO wird als ‚Friedensbewegung‘ etikettiert, Kriegskommandierende wie US-Präsident Obama oder die sich immer stärker zum Militärpakt wandelnde EU werden mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Kulturchauvinismus breitet sich aus, der Prozess der Entzivilisierung der bürgerlichen Gesellschaft schreitet fort.

Weltweit geht es um präventive Aufstandsbekämpfung. Wer sich nicht unterwirft, bekommt das drastisch zu spüren – national wie international. Auf globaler Ebene mündet es in die „Herrenvolk democracy“, eine „Herrenvolkdemokratie“, in der den einen gestattet ist, was den Habenichtsen der Welt nie erlaubt ist.

Aber es kann auf die Dauer nicht verborgen bleiben, dass der imperialistische Eingriff unter dem Vorwand des Schutzes von Menschen in Wirklichkeit Zehntausende, ja Hunderttausende das Leben oder die Gesundheit kostet, sie zu Flüchtlingen macht und ganze Völker durch die Zerstörung von Infrastruktur, Wirtschaft und kulturellem Erbe sowie durch das angerichtete politische Chaos um Jahrzehnte in ihrer Entwicklung zurückwirft.

Der von den imperialistischen Machthabern betriebene Verfall des Völkerrechts kann auf die Dauer nur zur weiteren allgemeinen Delegitimierung der krisengeschüttelten kapitalistischen Verhältnisse beitragen. Das Völkerrecht bleibt nicht länger eine exklusive Domäne der herrschenden Kultur. Die Verteidigung des Völkerrechts wird zur Notwendigkeit im Kampf für die Befreiung der Werktätigen und aller Völker.

Der Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Völkerrecht, der durch die Propaganda des Menschenrechtsimperialismus völlig entstellt und verzerrt worden ist, muss richtig gestellt werden. Es ist darüber aufzuklären, dass ‚Krieg für Menschenrechte‘ nicht nur das Völkerrecht außer Kraft setzt, sondern mit dem Angriff auf die nationale Souveränität bedrohter Länder die Basis selbst zerstört wird, auf der allein es möglich ist, normativ garantierte Grund- und Freiheitsrechte zu schaffen und praktisch zu verwirklichen. Schließlich gilt es nachzuweisen, dass die USA und ihre Verbündeten nicht, wie behauptet wird, durch Sicherheitsratsresolutionen das Völkerrecht ändern und neues Völkerrecht schaffen können, sondern dass sie lediglich einen Verfall des Völkerrechts bewirken.

Rechtsstaat und Demokratie

Ein gravierendes Problem für die Überzeugungskraft der Kultur der Herrschenden ist die immer ungleichere Verteilung der Einkommen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft bedroht.

Es ist eine gesetzmäßige Erscheinung, dass – so lange die kapitalistische Produktionsweise nicht überwunden ist – sich immer riesigere Kapitalmassen bilden und diese sich in immer weniger Händen befinden. Die der Akkumulation des Kapitals inne wohnende Tendenz der Konzentration und Zentralisation äußert sich in der Politik darin, dass die wirkliche Macht in den westlichen Gesellschaften von einem Kreis von Personen ausgeübt wird, der so überschaubar geworden ist, dass er sich weitgehend mit den Teilnehmerlisten der internationalen Treffen der Finanzoligarchie und ihrer politischen und medialen Repräsentanten deckt, angefangen von den Jahrestreffen des Weltwährungsfonds, der Münchner Sicherheitskonferenz, dem Weltwirtschaftsforum von Davos, der Bilderberg-Konferenz, der Trilateralen Kommission etc.

Unter Missachtung der einfachsten Prinzipien parlamentarischer Demokratie werden sogenannte Rettungspakte und Fiskalpakte für Banken und Konzerne nach Börsenwünschen durch den Bundestag gepeitscht. Die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse werden sichtbar, der Mythos von Demokratie, Rechtsstaat und Liberalität wird durchlöchert. Mit der Tendenz der Oligarchisierung der politischen Macht verschärft sich das Problem der Integration, das in allen in Klassen gespaltenen Gesellschaften besteht.

Die sogenannten Eliten ergehen sich massiv in Gedankenspielen über die Möglichkeit autoritärer Regierungsformen. Herrschaftsmechanismen, die als faschistisch charakterisiert werden können, werden in die Strukturen der bürgerlichen Demokratie integriert. In das für den Normalfall geltende Recht werden immer weitergehende Ausnahmebestimmungen für den Notstand eingebaut. Dank des ‚Sicherheitsbedürfnisses‘ ist ein profitabler Markt für Repressionstechnologie entstanden.

Faschistische Parteien und Organisationen werden grundgesetzwidrig nicht aufgelöst, sondern von dem irreführend „Verfassungsschutz“ genannten Inlandsgeheimdienst personell und finanziell unterstützt. Die Festung Europa hat mit den Frontex-Grenzschützern ein Grenzregime errichtet, das an den EU-Grenzen seit 1988 über 20.000 Menschen, allein 2011 mehr als 1.500 Flüchtlingen, das Leben gekostet hat. Nach der Beteiligung an verfassungswidrigen Angriffskriegen soll die Bundeswehr auch zur Aufstandsbekämpfung gegen soziale Proteste in Deutschland in Marsch gesetzt werden.

Damit rücken die Fragen der Verfassung und der Gesetze, des Kampfes um das Recht, um Demokratie und Volkssouveränität in den Mittelpunkt des Kampfes der beiden Kulturen. In der Kultur der Beherrschten hat die Einforderung von elementaren staatsbürgerlichen Rechten, die Verteidigung des antifaschistischen und sozialstaatlichen Gehalts des Grundgesetzes einen hohen Stellenwert. Dabei gilt zu bedenken, dass Demokratie ohne soziale Gleichheit bloß formal, eine Fassade bleibt. Ohne die Eigentums- und Machtfrage zu stellen und zu entscheiden, wird eine reale Demokratie kaum zu erkämpfen sein.

Dazu gehört auch, dass das Grundgesetz keine Entscheidung über die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung trifft. Alle Versuche, der kapitalistischen Ordnung Verfassungsrang einzuräumen, wie etwa im EU-Vertrag von Lissabon, müssen entschieden zurückgewiesen werden.

Freiheit, Gleichheit, Solidarität

Auf dem Banner der Bürgerlichen Revolution stand die Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ Kaum an der Macht, verabschiedete sich die bürgerliche Klasse von ihren revolutionären „Illusionen“.

Die Kritik der Forderung nach Gleichheit gehört zum Kern aller ideologischen Attacken auf die Revolution, auf jede Bewegung, die den radikaldemokratischen Anspruch auf Volkssouveränität einlösen will. Die Bannerträger der Kultur der Herrschenden heute verurteilen den Anspruch auf Gleichheit als Feind der Freiheit, und preisen die Ungleichheit als Kennzeichen von Individualität.

Die hemmungslose Aufbürdung der Lasten von Krise und Staatsverschuldung auf Kinder, Jugendliche, Frauen, Patienten und Arbeitslose kennzeichnet den Weg zurück in barbarische Zustände. Die soziale Unterdrückung durch Entzug von Sozialleistungen, nicht existenzsichernde Löhne, planmäßig produzierte Altersarmut führt dazu, ganze Bevölkerungsgruppen aus dem gesellschaftlichen Leben ausgrenzen.

Die Politik der permanenten sozialen Auskoppelung großer Teile der Bevölkerung, die nach 1990 in Ostdeutschland erfolgreich, weil ohne größeren Widerstand, verwirklicht werden konnte, ist spätestens mit dem Diktat zum sozialen Raubbau für Griechenland auf EU-Ebene angekommen.

Das Diktat im Auftrag des Finanzkapitals, das anderen EU-Ländern auferlegt wird, bedeutet einen völlig neuen Grad von Ausbeutung. Was Griechenland und anderen EU-Staaten übergeholfen wird, zielt auf eine beispiellose Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft. Die ökonomischen und sozialen Verwüstungen münden in die Zerstörung zivilisatorischer Grundlagen der heutigen Gesellschaft.

Verstärkte Fremdenfeindlichkeit und Stigmatisierung von Arbeitslosen und Behinderten sind Folge der „Ökonomisierung des Sozialen“, der Beurteilung sozialer Gruppen nach Maßstäben kapitalistischer Nützlichkeit, Verwertbarkeit und Effizienz. Bei der Abwertung und Stigmatisierung von Menschen als 'minderwertig' handelt es sich um eine Form des Rassismus, des Sozialrassismus.

Die ideologische Begleitmusik zur Auflösung bürgerlicher und sozialer Rechtsregeln spielt die Melodie „Keine Gnade gegenüber denen, die von Lohn, Job, gesetzlicher Krankenkasse oder gar staatlichen ‚Transfers‘ abhängig sind, aber alles zur Sicherung des ‚Kommunismus der Banker‘ (Marx)“.

Der Ideologie der Ungleichheit ist mit der Aufkündigung der Solidarität mit den Konzernherren und der „Standort, Standort über alles“-Logik zu begegnen. Der entsolidarisierenden Konkurrenzlogik ist die Gegenmacht der Solidarität der auf abhängige Arbeit angewiesenen Menschen, der Kampf um die Aufhebung der Konkurrenz der Lohnarbeiter entgegengesetzt.

Die Kultur der Beherrschten verteidigt das humanistische Menschenbild der Neuzeit. Der Anspruch auf universelle Entfaltung wie auf universelle Anerkennung jedes Einzelnen, die Forderung nach sozialer Gleichheit, nach Einhaltung der juristisch verankerten sozialen Rechte ist gegen die ‚heilige‘ Eigentumsordnung durchzusetzen.

Zivilgesellschaft

Die herrschende Konzeption der „Zivilgesellschaft“ dient manipulativen Zwecken, und zwar nicht nur im Sinne ideologischer Indoktrination, sondern mit dem praktischen Ziel einer totalitären Formierung der Gesellschaft. „Zivilgesellschaft“ ist in der Kultur der Herrschenden nur ein Modewort.

Als wissenschaftlicher Begriff wurde das Konzept der Zivilgesellschaft von dem italienischen Marxisten Antonio Gramsci entwickelt. An Marx und Lenin anschließend, charakterisiert er die Gesellschaft mit ihrer ökonomischen Basis und dem sich darüber erhebenden „Überbau“. Gramsci unterscheidet beim Überbau zwei verschiedene Ebenen von Überbauten, welche die Funktion haben, die gesellschaftliche Hegemonie der herrschenden Klassen abzusichern.

Die Funktion der Zivilgesellschaft besteht darin, den spontanen Konsens der Beherrschten zu organisieren. Sie umfasst die Gesamtheit der nicht dem staatlichen Zwangsapparat angehörenden gesellschaftlichen Strukturen, welche die öffentliche Meinung und damit den „Alltagsverstand“ prägen. Dazu zählen die Kirchen, die Gewerkschaften, die Medien, aber auch die Schulen, die Bibliotheken, die Vereine und sozialen Bewegungen bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und die Straßennamen.

Auf einer zweiten Ebene fungiert der staatliche Zwangsapparat, um mit rechtsförmigen Mitteln die Disziplin derjenigen Gruppen zu sichern, die sich weder aktiv noch passiv dem ‚Konsens‘ anschließen. Die Zivilgesellschaft steht also zwischen der ökonomischen Basis der kapitalistischen Produktionsweise und dem bürgerlichen Staat mit seiner Gesetzgebung und

seinem Zwangsapparat. Zivilgesellschaft ist die gesellschaftliche Ebene, auf der die ideologische Hegemonie der herrschenden Kultur erzeugt wird.

Sie ist aber zugleich die Arena des Ringens um den Einfluss auf das öffentliche Bewusstsein, in der auch die fortschrittlichen Elemente der Kultur von unten in Erscheinung treten. Zivilgesellschaft in wissenschaftlicher Begrifflichkeit ist also weder mit einem positiven noch negativen Vorzeichen versehen, sondern als ein Kampfplatz der Ideen und Meinungen aufzufassen.

Die Verfälschung des Begriffs zu einem manipulativen Schlagwort beginnt mit der Doktrin des Liberalismus, dass Staat und Gesellschaft einander schematisch gegenüberstehen. Die herrschende Kultur suggeriert: Zivilgesellschaft ist etwas Gutes. Dort geht es pluralistisch, offen, zwangsfrei, tolerant zu, die Bürger haben vielfältige organisierte Möglichkeiten der Mitsprache und Teilhabe in öffentlichen Angelegenheiten.

Ausgeblendet bleibt, dass Zivilgesellschaft auf tausend Kanälen sowohl mit dem bürgerlichen Staat als auch mit der kapitalistischen Ökonomie verzahnt ist und keineswegs einen streng abgetrennten Bereich bildet. Das Missverständnis bei diesem Begriff ist gewollt und soll die Menschen in die Falle einer durch die Machthaber organisierten Zivilgesellschaft locken.

Dagegen gilt es, die reale Zivilgesellschaft als Arena zu erkennen, in der sich die Kultur der Beherrschten als Gegenentwurf gegen die bestehenden Verhältnisse zu behaupten hat, und zwar im Sinne Gramscis im „Geist des Bruchs“ mit der Kultur von oben. Für eine freidenkerische Kultur bietet sich in der Arena der Zivilgesellschaft ein weites Betätigungsfeld, z.B. in der Auseinandersetzung mit antisozialistischer und militaristischer Indoktrination im Bildungswesen, Trivialisierung der Massenkultur, Manipulation der Medien, Einflussnahme von staatlichen „Diensten“ und wirtschaftlichen „Sponsoren“ auf so genannte „Nichtregierungsorganisationen“ etc.

Geschichte, Erbe und Wahrheit

Die Kultur der Herrschenden will die Einsichten verdrängen, dass die Geschichte von Menschen gemacht wird, eine Geschichte von Klassenkämpfen ist und Revolutionen Motoren der Geschichte sind.

Die unleugbare verschärfte, weltweite Krise des kapitalistischen Systems hat die Rede vom „Ende der Geschichte“ und dem Kapitalismus als „beste aller Ordnungen“ bis auf die Knochen blamiert. Umso beharrlicher negiert das herrschende Geschichtsbild die bestimmende Tendenz der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917. Der Sozialismus soll als „gescheitertes Experiment“ und „verbrecherische Diktatur“ in Erinnerung bleiben.

Inzwischen hat sich allerdings erwiesen: Die Restauration des Kapitalismus in Osteuropa war nur der Auftakt zum Generalangriff auf alle sozialen Errungenschaften auch in den westlichen Ländern. „Reformen“ sind ein Schreckenswort geworden, das den Abbau sozialer Rechte und Verarmung ankündigt. Hunger und Elend im globalen Süden haben völkermörderische Ausmaße angenommen. Schulden-, Finanz- und Wirtschaftskrisen folgen in immer kürzeren Abständen. Die Kapitalakkumulation funktioniert weitgehend auf der Basis „feindlicher Übernahmen“, der Privatisierung öffentlichen Eigentums und neokolonialer Raubkriege.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist offenkundig geworden. Anti-kapitalistische Stimmungen verbreiten sich in weiten Teilen der Bevölkerung. Die herrschenden Eliten sind oft nicht einmal mehr im Stande, rationale, im Interesse der eigenen Klassenherrschaft liegende Entscheidungen zu treffen.

Ihre kulturelle Hegemonie nährt sich nicht von einem realistischen Ausblick auf die Zukunft des Kapitalismus, sondern von einem tendenziösen Rückblick auf die unter einem Lügenberg begrabene Vergangenheit des Sozialismus. Allerdings verlieren die Unwahrheiten und Entstellungen über die DDR in dem Maße an propagandistischer Wirkung, wie die fortschreitende Krise zu Vergleichen herausfordert, wie die sozialen Errungenschaften, die Friedenspolitik, der Internationalismus und die kulturellen Leistungen selbst eines frühsozialistischen Staates trotz seiner Mängel positives Interesse finden.

Doch die scheinbar bewiesene Behauptung, der Sozialismus habe ja ‚auch‘ nicht funktioniert, sorgt für eine fatale Lähmung der Energien, die für eine radikale Überwindung des kapitalistischen Systems entfaltet werden müssten. Daher müssen Fragen offen wissenschaftlich untersucht werden, was konkret nicht ‚funktioniert‘ hat, welche Aufgaben nicht gelöst, welche Fehler gemacht wurden. Dabei hilft eine romantisierend-rückblickende Verklärung ebenso wenig wie der von der herrschenden Ideologieproduktion oktroyierte ahistorische Anti-Stalinismus.

Im Ringen um die Geschichte und die geschichtliche Wahrheit wird der Kampf für eine bessere, humane Zukunft vorbereitet. Die Geschichte ‚von unten‘ ist eine andere als die Geschichte der Herrschenden. Die NATO-Aggressoren, die Zerstörer des Völkerrechts, wollen ihr selbstgerechtes Geschichtsbild zur allgemein anerkannten Wahrheit machen. Aber die Wahrheit ist auf der Seite der Überfallenen, der Verteidiger des Völkerrechts. Die Propagandastäbe der Militaristen und die Agenten der Konzerne und Banken werden nicht unsere Geschichte schreiben.

Die Herrschenden versuchen zunehmend, so mittels bindender EU-Vorgaben, historische Wahrheit zu dekretieren und ihre Deutungshoheit durchzusetzen. Durch in Leugnungsverbote verpackte Gesinnungsparagrafen werden historische Ereignisse verrechtlicht, Begrifflichkeiten tabuisiert, völkerrechtswidrige Aggressionskriege legitimiert, legitimer Widerstand kriminalisiert. Präventive Denk- und Diskussionsverbote sollen Geschichte als Feld freier Forschung liquidieren und die imperialistische Militär- und Wirtschaftsmaschine von jeder Kritik freistellen.

Gegen diesen Missbrauch der Rechtsprechung als politisches Instrument durch Schaffung von Gesinnungsstrafrecht verteidigen wir das Recht auf selbstständiges Denken und ein autonomes, auf den Klassenpositionen der Beherrschten begründetes Geschichtsbild.

*

Mit den Thesen des Freidenker-Verbandstags 2012 in Nürnberg ist die Aufgabe der „Richtigstellung der Begriffe“ keineswegs gelöst, aber die Richtung der Wege beschrieben, auf denen man zur „Erkenntnis der Welt, wie sie wirklich ist“ gelangen kann. Auch bedeutet das Erkennen ist noch nicht Verändern, aber es ist die unabdingbare Voraussetzung dafür. Sinn und Zweck freien Denkens ist es, den Kopf freizumachen für befreiendes Handeln.

Mit der Zuspitzung der Allgemeinen Krise des Kapitalismus sind nicht nur dessen Gebrechen sichtbarer, sondern auch mehr Menschen kritisch und zweifelnd geworden, die des Kaisers neue Kleider mit dem Ausruf quittieren: „Der Kaiser ist nackt!“ Es sind auch mehr Menschen in Bewegung gekommen, die Stéphane Hessels Aufruf „Empört Euch!“ folgen. Damit die Empörung nicht wieder nachlässt, sondern weiter anschwillt, dauerhaft und zielbewusster wird, wollen wir als Weltanschauungsgemeinschaft unseren Beitrag zur Analyse und grundsätzlichen Kritik des imperialistischen Systems und seiner irrationalen Ideologieproduktion leisten.

Freidenker begrüßen, dass eine wachsende Zahl von Menschen sich nicht mehr mit den konfektionierten Häppchen der Meinungsindustrie abspeisen lassen will. Wissenschaftler, Forscher, Publizisten und Medienarbeiter untersuchen die Funktionsweise und Abhängigkeiten der Meinungsbildner, die Rolle von „Think Tanks“, ‚unabhängigen‘ Experten, die Verantwortung der Medien, die Aufgaben des investigativen Journalismus. Im Internet finden sich bereits zahlreiche Seiten, die sich der Aufgabe widmen, Begriffe von ihren Verdrehungen zu befreien und ihre tatsächliche Bedeutung zu erarbeiten. Es wächst die Zahl der Initiativen und Seiten, die sich kritisch mit der gebotenen Information und ihrer Deutung auseinandersetzen, die sich um alternative Informationen bemühen.

Dieses Phänomen ist auch seitens der Meinungsmonopolisten nicht unbemerkt geblieben, die ihm natürlich nicht tatenlos zusehen. Sie versuchen, mit Desinformation auch in diesem Bereich mitzumischen, insbesondere durch das Unterschieben von esoterischen und obskuren Themen oder faschistoiden Inhalten wollen sie das Ringen um wahrhaftige Information kompromittieren, aus dem seriösen Diskurs ausgrenzen und ausschalten.

Der Deutsche Freidenker-Verband bietet allen den Dialog und die partnerschaftliche Zusammenarbeit an, die dem Mainstream widerstehen und die eigene Urteilsfähigkeit fördern wollen. Unsere Thesen sind nicht ‚abgeschlossen‘, sondern sollen eine Grundlage sein, Mittel und Methoden des Betrugs permanent zu analysieren und anzuklagen. Sie sollen anregen,

aktuelle Beispiele der Irreführung zu entdecken und hinzuzufügen, bestimmte Aspekte vertieft zu betrachten oder ‚neue Kapitel‘ zu schreiben.

Historisch schließt unser Kulturverständnis die fortschrittlichen Überlieferungen und Traditionen der Menschheit, des Freiheitskampfes der Unterdrückten und Ausgebeuteten, insbesondere die Kämpfe der Arbeiterbewegung für die Verbesserung ihrer Lage und für eine sozialistische Gesellschaftsordnung ein.
Berliner Erklärung des Deutschen Freidenker-Verbandes, 1994